

## Transatlantische Beziehungen

DAVID P. CALLEO

Wohl zu keiner Zeit seit den frühen Nachkriegsjahren waren die transatlantischen Beziehungen einem größeren Umbruch ausgesetzt als zu Beginn der 90er Jahre. Die Bedrohung durch die sowjetische Hegemonialmacht hatte Westeuropa und die Vereinigten Staaten vier Jahrzehnte lang fest miteinander verbunden. Die konsequente Vernetzung der transatlantischen Verknüpfungen und ihre Ausdehnung auch auf Japan bildeten die wesentliche Grundlage der Weltordnung nach dem Kriege. Im Kern ist es dem Westen gelungen, die Sowjetunion durch die überwältigende Konzentration wirtschaftlicher, politischer wie militärischer Macht in ihrem Herrschaftsbereich einzudämmen und eine global wirksame Pax Americana zu errichten. Ihr liberales System hat ein hohes Wohlstandsniveau im Westen und ein unerwartetes Wirtschaftswachstum in großen Teilen der Dritten Welt begünstigt. Der Zerfall der sowjetischen Herausforderung bildet gewissermaßen die Krönung dieser Ordnung, untergräbt jedoch zugleich seine Hauptstütze – die Furcht vor der Sowjetunion. Zu Beginn der 90er Jahre lautet daher die Frage, wie die atlantische Partnerschaft im Kalten Krieg ihren Sieg überleben kann.

### *Neue Möglichkeiten und neue Risiken*

Der Rückzug sowjetischer Macht konfrontiert Europa mit neuen Möglichkeiten und neuen Risiken. Für Europäer wie Amerikaner bleibt ihre transatlantische militärische Allianz als Versicherung gegen eine Restauration in der Sowjetunion oder generelle Instabilität bedeutsam, wenn auch nicht mehr in der drängenden und überragenden Notwendigkeit wie zur Zeit des Kalten Krieges. Die Vereinigung Deutschlands wie die Öffnung der ČSFR, Ungarns, Polens, der Staaten des Balkans und sogar der Sowjetunion selbst eröffnen die Aussicht auf die Verwirklichung eines umfassenden europäischen Systems wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit. Diese Perspektive könnte auf lange Sicht ein Verblässen der transatlantischen Verbindungen bis hin zum Verlust der weltpolitischen Führungsrolle der Vereinigten Staaten beinhalten.

Daneben hat die Öffnung Europas neue Risiken mit sich gebracht. Die Sowjetunion steht am Rande wirtschaftlicher und politischer Desintegration, ihre Politik scheint gefangen zwischen einer Kommandowirtschaft, die nicht mehr funktioniert, und einer Marktwirtschaft, die nicht in Gang kommt. Gleichwohl bleibt sie ein militärischer Riese und eine nukleare Supermacht. Befreit von der Bevormundung durch die Sowjetunion und bedingt durch den schnellen Übergang zu

Demokratie und Marktwirtschaft, sind die Reaktionen der übrigen Staaten Osteuropas kaum vorhersehbar. Alte Nationalismen und ethnische Konflikte lebten wieder auf. Sie könnten leicht zu einer Gefährdung des allgemeinen Friedens werden.

Innerhalb der EG spielt das vereinigte Deutschland, belastet durch die Eingliederung der neuen Bundesländer in die hochentwickelte westdeutsche Wirtschaft, nicht länger die gleiche Rolle eines Stabilitätsankers. Durch den Wandel der innenpolitischen Kräfteverhältnisse ist heute weniger klar, welche Koalitionen die Bundesrepublik in Zukunft regieren werden. Während das Land mit seiner hohen Sparquote früher zu den wichtigsten Kreditgebern gehörte, benötigt es heute seine Ersparnisse dringend selbst. Kapital aus Deutschland steht deshalb zur Finanzierung des chronischen amerikanischen Haushaltsdefizits oder zur Beseitigung von Konflikten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft kaum mehr zur Verfügung. Darüber hinaus kompliziert das größere Deutschland die Erhaltung des inneren Gleichgewichts der EG, insbesondere im Hinblick auf die deutsch-französische Partnerschaft und ihre Rolle als Motor, der die Gemeinschaft vorantreibt.

1990 hat die Europäische Gemeinschaft auf diese Herausforderungen mit der Bekräftigung ihrer Priorität einer "Vertiefung" vor einer "Erweiterung" ihrer Mitgliederzahl reagiert. Mit der Intensivierung ihres inneren Zusammenhalts verband die Gemeinschaft die Hoffnung, sich selbst als demokratisch stabilen, liberalen Wohlstandskern zu präsentieren, auf den hin sich das übrige Europa orientieren könne, denn die Perspektiven demokratischer und marktwirtschaftlicher Erneuerung im früheren Sowjetblock wie in der Sowjetunion selbst bleiben unsicher. Westeuropa hat breit angelegte Hilfe und Zusammenarbeit zugesagt. Es ist deshalb davon auszugehen, daß Europa künftig mehr mit seinen inneren Angelegenheiten befaßt sein wird als jemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte.

### *Neuorganisation der gemeinsamen Sicherheit*

Wie der Golf-Krieg Anfang 1991 gezeigt hat, bleibt Europa von den globalen Herausforderungen jedoch nicht unberührt. Der Krieg galt weithin als erster Schritt auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung, doch die Lektionen des Waffengangs sind mehrdeutig: Die beispiellose Kooperation des Westens in der Führung des Krieges deutet auf eine Bekräftigung der atlantischen Zusammenarbeit hin; die überragende militärische Führungsrolle der Vereinigten Staaten und der eindeutige militärische Erfolg erschienen als eindrucksvolle Unterstreichung der traditionellen amerikanischen Vorherrschaft in der Allianz und darüber hinaus als globale Ausdehnung dieser Rolle. Für manche hat sich das bipolare System damit zu einem unipolaren entwickelt, in dem die Vereinigten Staaten die einzige Supermacht bilden. Gleichzeitig weist die einmalige Nutzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – mit Unterstützung der Sowjetunion – auf einen größeren Pluralismus in der Behandlung der künftigen globalen Sicherheitsrisiken hin. Die Europäer, beeindruckt von der militärischen Stärke der USA am

Golf, hatten dennoch weitverbreitete Zweifel an der Angemessenheit der politischen Beurteilung derer, die ihn leiteten. Die Erfahrung der eigenen militärischen Unzulänglichkeit und der damit einhergehenden diplomatischen Kraftlosigkeit hat die Debatte um die Ergänzung der Europäischen Gemeinschaft um eine gemeinsame Verteidigungsfähigkeit, vor allem im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU), neu belebt<sup>1</sup>.

Unter den Europäern überwogen gleichwohl die Meinungsunterschiede: Einem natürlichen Trend folgend hielten einige Staaten an den traditionellen Mustern der Atlantischen Allianz fest, während andere Zweifel daran äußerten, ob die Gemeinschaft ihren politischen und wirtschaftlichen Integrationsstand halten könne, ohne ihn mit weitergehenden militärischen und diplomatischen Integrationschritten zu ergänzen.

In anderer Perspektive erscheint die Bildung eines europäischen Pfeilers sogar als notwendige Voraussetzung zur Bewahrung der transatlantischen Allianz. Da die zu erwartenden Defizite im amerikanischen Haushalt zunehmend weniger von außen finanziert werden können, ist eine deutliche Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in Europa wahrscheinlich. Von einem bestimmten Niveau an müßte infolgedessen die traditionelle amerikanische Führungsrolle in der Verteidigung Europas unangemessen erscheinen. Unter diesen Umständen hielten einige die Entwicklung eines selbständigen europäischen Militärpotentials innerhalb der Allianz für erforderlich – in der Erwartung, damit die Allianz und die europäische Integration wechselseitig zu stärken. Ohne eine bedeutsame westeuropäische Verteidigungsintegration stünde Europa einer Wiederbelebung sowjetischer Hegemoniebestrebungen oder wahrscheinlichen Ausbrüchen von Gewalt im Osten des Kontinents hilflos gegenüber. In jedem Fall bedürfe es einer glaubwürdigen militärischen Kapazität einschließlich der Fähigkeit zur Projektion ihrer Macht, wenn die Europäer Einfluß auf die westliche Weltpolitik nehmen wollten, vor allem gegenüber jenen Regionen, die wie der Nahe Osten für die europäische Politik von besonderer Bedeutung sind. Es blieb offen, ob diese Debatte im Ergebnis den europäischen wie atlantischen Zusammenhalt eher gestärkt oder geschwächt hat. Die Reaktionen aus den Vereinigten Staaten fielen jedenfalls ambivalent aus.

Die Einzelschritte zur Anpassung der Allianzstrukturen standen im Kontext der eingangs skizzierten größeren historischen Themen. Würde der sowjetische Rückzug das Atlantische Bündnis zur Auflösung bringen oder eine wesentliche Umwandlung bewirken? Würde es letztlich im Fall der Auflösung schließlich durch einen westeuropäischen Militärblock, eine bedrohliche neue sowjetische Hegemonie oder ein gefährliches Chaos abgelöst werden? Käme es im Fall der Umwandlung zu einer ausgeprägteren Form amerikanischer Hegemonie oder zur ausgeglichenen Partnerschaft im sicherheitspolitischen wie im wirtschaftlichen Bereich? Würde sich eine atlantische Allianz in ein plurales und kooperatives Weltsystem einfügen, das im Rahmen der Vereinten Nationen entstehen könnte und die Sowjetunion einschloße? Auf einen Nenner gebracht, was bestimmt die Weltordnung nach dem Ende der Bipolarität?

Während diese großen historischen Alternativen 1990/91 nur am Rande ins Blickfeld gerieten, fanden sie in der Beratung der praktischen Fragen ihren Niederschlag. Im militärischen Bereich reagierte die NATO auf den Rückzug der sowjetischen Streitkräfte. Auf dem Gipfel vom Mai 1989 war es dem deutschen Einfluß gelungen, einen wesentlichen Wandel in der Bündnisstrategie durchzusetzen, indem sie die Zustimmung zur Modernisierung der bodengestützten nuklearen Kurzstreckensysteme (SNF) verweigerte. In der Londoner Erklärung vom 6. Juli 1990 erklärte die NATO feierlich, die Sowjetunion künftig nicht von vornherein als Feind ansehen zu wollen, und unterstrich die Bereitschaft zu angemessenen Veränderungen in Ausrüstung und Strategie einschließlich der Verminderung der deutschen Streitkräfte als Folge der deutschen Einheit. Damit war der Weg frei für die Übereinkunft vom 16. Juli zwischen Gorbatschow und Kohl über den Verbleib des geeinten Deutschland in der NATO. Am 21. November 1990 unterzeichneten die Mitgliedstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) die "Charta von Paris". Sie beendeten damit die militärische und wirtschaftliche Teilung des Kontinents und verkündeten die gemeinsamen demokratischen Freiheitswerte und Menschenrechte<sup>2</sup>. Parallel dazu unterzeichneten NATO und Warschauer Pakt den Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE), in dem sowohl der sowjetische Rückzug aus Osteuropa als auch weitreichende und asymmetrische Einschnitte festgelegt wurden, die einen Überraschungsangriff praktisch ausschlossen. Im Februar 1991 wurde der militärische Teil des Warschauer Paktes aufgelöst. Zuvor waren im Dezember 1990 in Rom von der Europäischen Gemeinschaft bereits die Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion sowie zur Politischen Union eröffnet worden – die letztere auch mit dem Ziel, die Möglichkeiten einer intensiveren europäischen Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erkunden. Im März 1991 forderten der französische und der deutsche Außenminister gemeinsam dazu auf, institutionelle Wege zu finden, damit Europa in der Außenpolitik mit einer Stimme sprechen könne, ohne gleichzeitig die Verbindung mit der NATO zu schwächen.

### *Angespannte Wirtschaftsbeziehungen*

Diese geopolitische Entspannung wirkte sich auf die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen aus<sup>3</sup>. Im monetären Bereich nahm Anfang 1990 der Druck auf die Zinssätze durch den wachsenden Bedarf an Investivkapital in Deutschland zu. In den Vereinigten Staaten mit ihrem außerordentlich hohen Haushaltsdefizit bei gleichzeitiger Rezessionsentwicklung kam dieser Trend höchst ungelegen. Zwar erleichterte die angespannte wirtschaftliche Lage die Finanzierung des Haushaltsdefizits, doch war dies kaum die Lösung, die die amerikanische Politik auf Dauer befriedigen konnte – erst recht nicht mit Blick auf die näher rückenden Präsidentschaftswahlen 1992. Unter diesen Vorzeichen könnte die Versuchung, eine Abwertungspolitik zu betreiben, unwiderstehlich werden. Der deutliche Fall des Dollar von 1,80 auf 1,50 DM im Jahr 1990 milderte das hohe Defizit der amerika-

nischen Handelsbilanz, doch stand auch diese Verbesserung im Zusammenhang mit der angespannten binnenwirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten.

Es war nicht vorauszusehen, wie sich die Konjunktorentwicklung auf die neue große Kapitalnachfrage aus Europa und den gewohnten amerikanischen Fehlbeitrag im öffentlichen wie privaten Sektor auswirken würde. In jedem Fall würde dem amerikanischen Kapitalmarkt Geld nicht mehr in der gleichen Weise zur Verfügung stehen. Für den Fall einer inflationsbedingten Finanzierungspolitik der Vereinigten Staaten zulasten wirklicher Anpassungsmaßnahmen wären transatlantische Währungskonflikte wahrscheinlich. Die geplante Europäische Währungsunion würde den Konflikt weiter zuspitzen, denn die Umwandlung der ECU in eine Reservewährung könnte den Weg zu einer massiven Flucht aus dem Dollar ebnen. Insgesamt schien damit eine Vertiefung der Integration unvereinbar mit den amerikanischen Haushalts- und Währungspraktiken der 80er Jahre, die ihrerseits im Kontext der Aufrüstungspolitik der Reagan-Administration standen. Es war zu erwarten, daß amerikanische Maßnahmen zur Vermeidung währungspolitischer Konfrontationen tiefe Einschnitte in die Verteidigungsausgaben beinhalten würden, die wiederum den europäischen Impuls zu einer gemeinsamen Verteidigung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit verstärken könnten.

Mit den Währungsproblemen gingen Handelskonflikte einher. Von der Uruguay-Runde des GATT wurde ein neuer Freihandelsimpuls als Gegengewicht zur Tendenz der Herausbildung von Handelsblöcken erwartet. Die Hoffnungen wurden im Dezember 1990 schwer enttäuscht, als die Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten keine Übereinstimmung über den von den USA als Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluß bezeichneten Abbau der Agrarsubventionen erreichen konnten. Gleichzeitig bedrängte die Regierung Bush den amerikanischen Kongreß, nach dem Abschluß des Freihandelsabkommens mit Kanada nun auch ein vergleichbares Mandat für ein Abkommen mit Mexiko zu erteilen.

#### *Ausblick*

Es wäre vorschnell und – hoffentlich – auch unzutreffend, daraus auf eine Verschärfung der auseinanderlaufenden Tendenzen der transatlantischen Verbindung zu schließen. Dennoch verlangt der tiefgreifende Wandel der geopolitischen wie der wirtschaftlichen Lage Europas nach wesentlichen Schritten der Anpassung der atlantischen Verbindung. Die Paketlösung der 80er Jahre, militärische Stärke der Vereinigten Staaten gegen europäisches Kapital zu seiner Finanzierung, ist für die Zukunft nicht haltbar. Zweifel über eine neue internationale Ordnung, im Kern gestützt auf die überwältigende militärische Macht der Vereinigten Staaten im Golf-Krieg, sind angesichts der innenpolitischen Belastungen in Europa wie in den USA angebracht. Die entscheidende Frage ist, ob das alte Atlantische Bündnis auf einer stärker ausgewogenen und globalen Basis neu begründet werden kann.

Ein höheres Maß an Übereinstimmung unter den Bündnisstaaten ist zweifellos wünschenswert. Seine Realisierbarkeit hängt wohl davon ab, ob die politische Integration Europas gelingt, ob sie eine bedeutsame eigene militärische Dimension entwickeln kann und in der Lage sein wird, selbst eine stabile Ordnung in Europa zu errichten. Voraussetzung für einen Erfolg in dieser Richtung wäre in jedem Fall herausragende staatsmännische Fähigkeit und ein beträchtliches Maß an Glück.

### Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Josef Janning, Forschungsgruppe Europa, Universität Mainz.

1 Vgl. Weisser, Ulrich: Sicherheitspolitik, in diesem Band.

2 Vgl. Schneider, Heinrich: Die KSZE, in diesem Band.

3 Vgl. Koopmann, Georg: Außenbeziehungen, in diesem Band.

### Weiterführende Literatur

Calleo, David P.: Die Zukunft der westlichen Allianz. Die NATO nach dem Zeitalter der amerikanischen Hegemonie, Stuttgart 1989.

Knapp, Manfred (Hrsg.): Transatlantische Beziehungen. Die USA und Europa zwischen gemeinsamen Interessen und Konflikt, Stuttgart 1990.

Nau, Henry R.: The Myth of America's De-

cline. Leading the World Economy Into the 1990s, New York/Oxford 1990.

Nye, Joseph S.: Bound to Lead. The Changing Nature of American Power, New York 1990.

Rühl, Lothar: Zeitenwende in Europa. Der Wandel der Staatenwelt und der Bündnisse, Stuttgart 1990.